

wissen müssen. Wir wissen es auch regional aufgliedert. Die Landesregierung muss einmal in der Wahlperiode dem Landtag von Nordrhein-Westfalen, aber auch der Öffentlichkeit einen Armuts- und Reichtumsbericht vorstellen, in dem alle diese Zahlen stehen.

Wir haben eine genaue Berichterstattung darüber, wie sich das regional verhält. Wir haben ganz klar eine Situation, dass der Anteil der armen Menschen in Städten größer ist als auf dem Land. Das Ruhrgebiet ist etwas stärker betroffen als im Bundesschnitt. Das liegt aber auch daran, dass das Ruhrgebiet nun mal die größte Metropolregion Europas ist. Wir wissen, dass Menschen in dieser Situation oft eher in die Städte ziehen.

Wir wissen, dass zu den Personengruppen, die besonders von Armut gefährdet sind, Menschen gehören, die alleinerziehend sind. Das sagt jeder Armuts- und Reichtumsbericht, den ich kenne, seit über 15, 20 Jahren, seitdem es welche gibt.

Es ist völlig klar, dass Menschen mit Migrationshintergrund besonders stark von Armut betroffen sind, aber natürlich auch Langzeitarbeitslose und Menschen, die im Niedriglohnbereich arbeiten.

Wenn man bei den Rezepten ansetzt, dann muss doch das Rezept in allererster Linie sein, dass wir uns darum kümmern, dass möglichst viele Menschen ein einigermaßen gelungenes Erwerbsleben hinkriegen. Armut ist am Ende nur zu verhindern durch Beteiligung an vernünftig bezahlter Erwerbsarbeit.

Das hat dann wieder ganz viel damit zu tun: Wie kriegen wir die Programme zur Integration in den Arbeitsmarkt hin? Wie kriegen wir es zum Beispiel mit den Bildungschancen von Kindern, die in der Grundsicherung leben müssen, so hin, dass sie gut durch unsere Schulen gehen, sodass sie anschließend eine Ausbildungsfähigkeit haben und zum Beispiel eine Facharbeiterprüfung machen können? Wenn wir das hinbekommen, dann ist schon relativ viel gewonnen.

Deswegen bin ich ja auch so hinterher, dass alle unsere Kinder am BuT-Programm teilnehmen. Es lässt mir einfach keine Ruhe, dass nur jedes zweite Hartz-IV-Kind in Nordrhein-Westfalen überhaupt vom BuT-Programm profitiert. Wir entbürokratisieren jetzt.

Was im Familienstärkungsgesetz vorgesehen ist, was da zurzeit in Berlin überlegt wird, ist alles in allem ein gewaltiger Fortschritt. Ich bin da sehr zufrieden. Es gibt noch ein, zwei Punkte, die ich gerne anders hätte. Aber wenn man 90 % von dem erreicht hat, was man sich wünscht, kann man ja auch mal zufrieden sein.

Wir haben die Situation mit dem Ausbildungsprogramm angepackt. Wir schaffen jetzt einen sozialen Arbeitsmarkt für 15.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen, weil wir endlich von Passivleistungen zu

Aktivleistungen kommen. Das ist alles schon eine ganze Menge. Es wird nicht die Probleme lösen. Aber ein Erkenntnisproblem haben wir – man schaue sich nur die Statistiken an – beim besten Willen nicht.

Nun bin ich ein geduldiger Mensch, aber wir müssen über diesen Antrag eigentlich nicht abstimmen. Wir brauchen ihm gar nicht zuzustimmen oder ihn nicht abzulehnen; denn das, was hier drinsteht, was Sie am Ende in diesem Antrag fordern, das gibt es in Nordrhein-Westfalen bereits alles in ausreichendem Umfang.

(Beifall von der CDU)

Ich sage Ihnen auch ganz offen: Ich habe keine Lust, in meinem Ministerium und in der Sozialbürokratie unseres Landes noch mehr Arbeitskräfte an noch mehr Statistiken zu binden; denn wir haben in dieser Frage wirklich kein Erkenntnisproblem. Deswegen brauchen wir diesen Antrag beim besten Willen nicht. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe daher die Aussprache.

Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen die **Überweisung** des **Antrags** in der **Drucksache 17/5077** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Die abschließende Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer diesem Beschlussvorschlag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP, AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe dann auf:

## 10 Drittes Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/4350

Beschlussempfehlung  
des Innenausschusses  
Drucksache 17/5118

zweite Lesung

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, dass zu diesem Tagesordnungspunkt die Reden zu Protokoll gegeben werden. (Siehe Anlage)

Wir kommen somit zur Abstimmung. Der Innenausschuss empfiehlt in Drucksache 17/5118, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wir kommen

somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in der Drucksache 17/4350 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Jetzt muss ich noch einmal fragen, weil die AfD nicht abgestimmt hat.

(Zuruf von der SPD: Ist doch egal!)

Also, ich frage noch einmal: Wer ist für diesen Vorschlag? – Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP und die AfD. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist der **Gesetzentwurf Drucksache 17/4350** entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 17/5118 **einstimmig angenommen und in zweiter Lesung verabschiedet**.

Ich rufe auf:

## 11 Zweites Gesetz zur Änderung des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/4303

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses  
für Familie, Kinder und Jugend  
Drucksache 17/5119 – Neudruck

zweite Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion der Kollegin Oellers das Wort.

**Britta Oellers** (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kinder sind unsere Zukunft. Dieser viel zitierte, weil wahre Satz findet sich auch im Kinder- und Jugendförderplan der Landesregierung, nämlich unter der Überschrift „Kinder und Jugendliche stark machen – Gemeinsam Zukunft gestalten“.

Kinder sind unsere Zukunft. Dieser Überzeugung folgend hat sich die NRW-Koalition dazu entschieden, die mit den Mitteln des Kinder- und Jugendförderplans finanzierte strukturelle und projektbezogene Arbeit im Kinder- und Jugendbereich erstens deutlich zu stärken und zweitens zukunftsfest aufzustellen, deutlich zu stärken, indem wir erstens den Landesjugendplan um 11 Millionen Euro auf rund 120 Millionen Euro kräftig erhöht haben, zukunftsfest aufzustellen, indem wir zweitens eine Dynamisierung etablieren, die garantiert, dass die finanzielle Kraft, mit der wir unserer Überzeugung Ausdruck verleihen, über die Jahre bestehen bleibt.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, die finanzielle Ausstattung bildet die unverzichtbare Grundlage für die wertvolle Arbeit im Kinder- und Jugendbereich in ganz Nordrhein-Westfalen. Als jahrelanges Mitglied im Jugendhilfeausschuss meiner Heimatstadt und Vorsitzende eines Trägervereins für ein Jugendzentrum weiß ich, wie wichtig die finanzielle Unterstützung der Träger vor Ort ist, insbesondere um die inhaltlichen Ziele des Kinder- und Jugendförderplans auch tatsächlich in der täglichen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen aufgreifen und umsetzen zu können.

Mit dem deutlichen Mittelaufwuchs und der zukunfts-festen Dynamisierung folgt die Landesregierung den Anregungen von Trägern und Verbänden. Wir schaffen Planungssicherheit für die Träger und dadurch gute Angebote für unsere Kinder und Jugendlichen.

Die Landesregierung leistet damit einen bewussten Beitrag zum Erhalt und zur Stärkung der Strukturen in der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit sowie des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes. Gleichzeitig schaffen wir neue Impulse und gestalten die Projektförderung auch künftig auskömmlich.

Das ist Politik, die verstanden hat, dass Kinder unsere Zukunft sind, und auch entsprechend handelt. Der vorliegende Gesetzentwurf ist mit seinen Maßnahmen in diesem Zusammenhang stimmig und richtig. Ich werbe deshalb um Ihre Zustimmung. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die SPD-Fraktion spricht nun der Abgeordnete Weiß.

**Rüdiger Weiß** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich vorab sagen: Die offene Kinder- und Jugendarbeit, die Jugendverbände, die kulturelle Jugendarbeit und der erzieherische Kinder- und Jugendschutz sind eminent wichtig, dafür mehr Geld in die Hand zu nehmen, ebenfalls. Beides kommt in diesem Gesetzentwurf zusammen. Deshalb werden wir diesem Gesetzentwurf auch so zustimmen.

(Beifall von Alexander Brockmeier [FDP])

Zu dem, was wir heute beraten und beschließen, passt Folgendes ganz gut: Am vorletzten Freitag verließ ich den Landtag. Vor dem Gebäude demonstrierte eine große Gruppe junger Menschen – junge Menschen, die ihren Zukunftsängsten und -sorgen lautstark Gehör verschafften. Vernetzt über die sozialen Medien organisieren sie ihren „Fridays For Future“-Protest und machen ihrer Unzufriedenheit mit eigenständig organisierten Demonstrationen Luft.